

Mit Volldampf in die vierte Welle?

Impfen rettet Leben



Mit Volldampf in die vierte Welle?

Impfen rettet Leben

2

dbb

© Phovoir/Colourbox

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen steigt, und zwar rasant. Die SARS-CoV-2-Variante, die mittlerweile mehr als 90 Prozent aller Erkrankungen verursacht, heißt Delta. Aggressiver und weitaus gefährlicher als alle ihre Vorläufer. Anders als in den vorangegangenen drei Infektionswellen gibt es nun Impfstoffe, und zwar in ausreichender Menge. Also alles gut?

Wer im Winter die dritte Staffel der ARD-Serie „Charité“ gesehen hat, mag sich an folgende Szene erinnern: Wenige Tage vor dem Mauerbau im August 1961 bringt ein verzweifeltes Elternpaar aus dem Westen Berlins sein an Polio erkranktes Kind in die Charité. Während in den westlichen Stadtbezirken ein weiteres Mal die Kinderlähmung wütet, hat der Osten die Infektionswelle im Griff. Der Westen, so erklärt die Kinderärztin den zwischen Hoffen und Bangen schwankenden Eltern, setze tendenziell auf Behandlung durch Medikamente, der Osten, in dem

Pharmazeutika knapp seien, auf Prävention durch Impfung. Daher sei Polio dort bezwungen.

Soweit 1961. Sechzig Jahre später sieht die Lage anders aus. Wieder haben wir es mit einer aggressiven Infektionskrankheit zu tun, die das Leben der Erkrankten dauerhaft zu beeinträchtigen droht. Mehr als 92 000 Menschen sind in Deutschland (Stand: 26. August 2021) seit vergangenem Jahr sogar daran gestorben; weltweit sind es 4,46 Millionen Tote. Seit den letzten Dezembertagen des Vorjahres rollt in

Deutschland eine Impfkampagne an, die geeignet ist, der Krankheit ihren tödlichen Schrecken zu nehmen.

Tröpfelten die Impfstoffe anfangs nur, da die Hersteller die weltweite Nachfrage nicht aus dem Stand bedienen konnten, kann spätestens seit dem Sommer 2021 von Engpässen keine Rede mehr sein. Zumindest in Deutschland. Jetzt fehlt es an Impfwilligen, und zwar überproportional in jenen Bundesländern, die ehemals zur DDR gehörten. Mit Impfungen also gute Erfahrungen gemacht haben. Was ist da los?

■ Misstrauen sticht Prävention?

In nüchternen Zahlen ausgedrückt, bilden Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen mit Erstimpfungsquoten von 59,9 Prozent (Sachsen-Anhalt) bis 54,5 Prozent (Sachsen) die Nachhut aller 16 Bundesländer. In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sieht es mit 62,8 und 64,4 Prozent zwar etwas besser aus, aber an Bremen, das die Liste mit einer Erstimpfungsquote von 74,3 Prozent anführt (alle Zahlen Stand: 26. August 2021), kommen auch sie längst nicht heran. Das Schlusslicht Sachsen trennen in dieser Frage von den Nordlichtern sogar satte 20 Prozent.

Die Frage nach den Motiven für die Impfskepsis (wenn nicht gar -ablehnung) beschäf-

tigt Politik und Medien seit Monaten. Dass statt lebensrettendem Impfstoff Mikrochips injiziert werden, um die Weltbevölkerung dem Microsoft-Gründer Bill Gates und einer dunklen Elite aus Echsenmenschen gefügig zu machen – diese Vermutung lässt sich leicht als verschwörungstheoretischer Unsinn abtun. Erfahrungen mit unfreiwilligen Medizinversuchen, zu denen die Impfungen teils stilisiert werden, gab es im Osten aber durchaus, wenn auch begrenzt auf Angehörige von Sportkadern, die ahnungslos zu Versuchsobjekten pharmazeutischer Forschung wurden.

Wesentlicher als solche konkreten Erlebnisse scheinen indes ein sich (teilweise) verfestigendes Grundmisstrauen in den Staat und die Spätfolgen einer fehlenden kritischen Medienöffentlichkeit zu sein. Zu DDR-Zeiten waren Impfungen Pflicht, und wenn berichtet wurde, dann nur Positives. Eine 56-jährige Frau, die sich im sächsischen Zeitz trotz Zweifeln zu einer Corona-Impfung durchringt, kann sich an diese Zeit noch gut erinnern. Im Gespräch mit der „Zeit“ erzählt sie, damals habe sie sich impfen lassen und keine Angst gehabt. Auf die Frage, was nun anders sei, antwortet sie, heute könne sie viel mehr über die Nebenwirkungen lesen.

Masern, Pocken, Röteln, Polio – das sind nur einige der Krankheiten, die dank Impfungen in Ost (und West) stark zurückgedrängt oder gar ganz ausgerottet wurden. Die Liste der Impferfolge ist lang. Und eindrucksvoll. Die Kehrseite dieser gelungenen Präventionsleistung mag aber sein, dass auch die dramatischen Verläufe, die diese Erkrankungen nehmen konnten, aus dem Blick geraten sind. Die Erinnerung an die Tragödien, die Behinderungen, die Todesfälle, die zerstörten Biografien im Gefolge dieser Infektionen ist verblasst. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Das gilt in gewissem Sinne auch für die Menschen, die schwer an Corona erkranken – oder gar daran sterben. Sie verschwinden in Krankenhäusern und erleben die Erkrankung weitgehend abgeschottet von Angehörigen, Freunden und Nachbarn. Deren Leid ist sichtbar, das der Kranken aber nicht. Manch einer mag darin den Beleg dafür sehen, dass es die Krankheit gar nicht gibt. Oder fürchten, dass die Nebenwirkungen der Impfung schlimmer seien als die eigentliche Erkrankung.

■ Die Landkreise geben nicht auf

Doch häufig fehlt es auch schlicht an unkomplizierten Impfgelegenheiten. Hier setzen die Landkreise an, und sie tun es kreativ. Geimpft wird – ohne Vorabterminvergabe – dort, wo die Menschen ohnehin hingehen: vor Einkaufszentren, Bauhäusern, in Fußgängerzonen, in Berlin im August sogar in einem S-Bahn-Waggon, der an einem Tag verschiedene Stationen anfährt, an denen dann zusteigen kann, wer will. Verimpft wird, wo das sinnvoll ist, das Präparat von Johnson & Johnson, das mit einer Dosis auskommt. Wo BioNTech oder Moderna im Einsatz sind, erhalten die Impflinge sofort den Termin für die Zweitimpfung.

Für viele, die diese Chancen wahrnehmen, ist dies oft die erste Möglichkeit, an eine Impfung zu kommen. Weil sie arbeiten, wenn die Impfzentren in ländlichen Regionen geöffnet haben, oder online keinen Termin ergattern konnten. Wieder andere wollten erst einmal abwarten, wie die Pandemie sich entwickelt und ob die Impfungen halten, was sie versprechen. Berichte über Impfdurchbrüche, manche sogar mit Todesfolge, gibt es schließlich genug.

Doch je weiter die Zeit voranschreitet und mit ihr die Pandemie, desto umfangreicher wird auch das Datenmaterial. In Israel etwa, das früh mit dem Impfen begann, aber nur eine Impfquote von knapp 60 Prozent erreichte, zeigt sich, dass die Impfstoffe genauso wirken, wie die Zulassungstests ergaben: Sie senken die Rate schwerer Krankheitsverläufe und vor allem die der Todesfälle drastisch. Nicht zu 100 Prozent (das war auch nie versprochen), aber – mit Blick auf schwere Verläufe – zu mehr als 90 Prozent. Wer trotz vollem Impfschutz schwer erkrankt oder gar verstirbt, leidet zumeist an mindestens einer gravierenden Vorerkrankung.

■ Prävention bleibt Trumpf

Was trotz Impfung häufig auftreten kann, das sind Infektionen ohne Symptome oder nur mit leichten Symptomen. Das heißt: Auch Geimpfte verbreiten das Virus weiter, selbst wenn sie selbst davon womöglich gar nichts merken. Die Delta-Variante ist in dieser Hinsicht besonders gefährlich: hochinfektiös, und das schon, ehe Symptome zu spüren sind. Damit verschärft sich die Situation für Ungeimpfte noch. Denn wenn in ihrem Umfeld niemand hustet oder schnieft, werden sie auf das Risiko unmittelfar vielleicht gar nicht aufmerksam.

SARS-CoV-2, das hat die weltweite Entwicklung der letzten gut anderthalb Jahre gezeigt, verschont niemanden. Die Frage lautet nicht, ob, sondern nur, wann man sich infiziert – und wie gut man dann vor schweren Folgen geschützt ist. Denn Medikamente dagegen gibt es nach wie vor nicht.

In Bremen beträgt die Gesamtinfektionsrate am 26. August 2021 rund 4,3 Prozent der Bevölkerung, die Letalität der Erkrankten 1,7 Prozent. In Sachsen-Anhalt liegt die Gesamtinfektionsrate mit 4,6 Pro-

zent zwar nur knapp darüber, die Letalität aber fällt mit 4,5 Prozent mehr als doppelt so hoch aus. In Sachsen ist beides hoch: die Rate der Infektionen (7,1 Prozent) und die der daran Verstorbenen (4,5 Prozent). Wer heute mit Corona auf der Intensivstation landet, ist in der Regel ungeimpft.

Wir haben die Impfstoffe. Wir haben die Möglichkeiten, uns und andere zu schützen. Nutzen wir sie.

Andrea Böltken

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Jan Brenner (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 24, gültig ab 1.10.2020

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

60 Jahre Mauerbau

Gemeinsame Gedenkveranstaltung der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Am 13. August 2021 jährte sich der Bau der Berliner Mauer zum sechzigsten Mal. „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ – kurz nach diesen Worten des damaligen DDR Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht am 15. Juni 1961 wurde gut acht Wochen später der letzte noch offene Weg in den Westen für die Bürgerinnen und Bürger verschlossen.

Aus diesem Anlass luden die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse, und die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Aminata Touré, zu einer Gedenkveranstaltung in das Schweriner Schloss ein, an der auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig teilnahm. Die beiden Gastgeberinnen beleuchteten die damalige und auch heutige Sicht aus dem Blickwinkel Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns.

„Dieser Mauerbau war das traurige Finale einer Spaltung, die das Leben bis zur friedlichen Revolution 1989 tiefgreifend veränderte, das mit viel persönlichem Leid und leider auch mit mindestens 260 Todesopfern an der innerdeutschen Grenze verbunden war“,



> Die dbb Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern Dietmar Knecht (im Bild links) und Schleswig-Holstein Kai Tellkamp mit Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, der ebenso wie sein Kollege Kai Tellkamp aus Schleswig-Holstein Gast der Veranstaltung war. Die bei-

den dbb Landesvorsitzenden nutzten am Rande auch die Gelegenheit zu vielen Gesprächen mit der Landespolitik, aber unter anderem auch mit

den Zeitzeugen Harald Gallert (der 1988 über den Schaalsee flüchtete), Udo Wachtel (lebte in der Sperrzone der innerdeutschen Grenze) und mit dem Bundesgrenzschutzbeamten a. D. Wolfgang Mey über diesen denkwürdigen Zeitraum deutsch-deutscher Geschichte.

Beide dbb Landeschefs erklärten abschließend gemeinsam: „Die Geschichte hat bewiesen, dass sich Menschen nicht spalten lassen, egal was die politische Führung beabsichtigt und egal, wie lange der Missstand anhält. Für uns als gewerkschaftliche Interessenvertreter ist besonders deutlich geworden, wie unterschiedlich – obwohl die Mauer nun mit 32 Jahren länger weg ist als sie je stand – die Nachwirkungen in unseren beiden Nachbarländern noch sind. Das spornt uns an, weiterhin dafür zu kämpfen, dass noch vorhandene Trennlinien insbesondere bei den Arbeits- und Lebensbedingungen endlich verschwinden und damit das unsägliche Kapitel der deutsch-deutschen Teilung abgehakt werden kann.“

dbb m-v solidarisch mit GDL

Forderungen sind legitim!

Die GDL hat im August nach der 95-prozentigen Zustimmung bei der Urabstimmung zu Streikmaßnahmen zu mehrtägigen bundesweiten Streiks bei der DB AG aufgerufen. Davon war auch der Zugverkehr in Mecklenburg-Vorpommern betroffen.

Hunderte Kolleginnen und Kollegen legten ihre Arbeit nieder, um ihren Interessen gegenüber dem Bahnvorstand Nachdruck zu verleihen. Der dbb mecklenburg-vorpommern als Dachverband der GDL unterstützt die

Forderungen entsprechend des Abschlusses zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes aus dem letzten Jahr. Das bedeutet insbesondere ein Entgeltplus in Höhe von 1,4 Prozent, mindestens 50 Euro, zum 1. April die-



© ddb m-v (2)

> GDL-Streik vor dem Schweriner Hauptbahnhof am 12. August

ses Jahres, zum 1. April 2022 weitere 1,8 Prozent sowie eine Corona-Beihilfe von 600 Euro für das Jahr 2021. Außerdem fordert die GDL die Fortsetzung der bisherigen betrieblichen Altersversorgung.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der selbst gelernter Lokomotivführer und GDL-Mitglied ist, unterstützte die streikenden Kolleginnen und Kollegen in Schwerin. „Auf die Solidarität der GDL'er ist wieder einmal Verlass, so fährt beispielsweise auf der Insel

Usedom kein Zug und der Schienenverkehr des Landes ist nahezu lahmgelegt. Dies ist auch ein eindeutiges Zeichen gegen den Selbstbedienungsladen DB Vorstand, der trotz Corona-Verlusten auf seine Bonuszahlungen besteht. Deshalb sind unsere Forderungen legitim, erst recht vor dem Hintergrund, dass der Bund Eigentümer der DB ist, dann wollen wir auch den dortigen Abschluss vereinbaren“, betonte Knecht. Passanten und Bahnreisende hätten überwiegend mit Verständnis auf die Aktion

der Gewerkschafter reagiert, Anfeindungen gegenüber den Streikenden habe es nicht gegeben.

An die Adresse der Medien, die im GDL-Bundesvorsitzenden Claus Weselsky den Buhmann der Nation sehen, meinte Knecht: „Sie sehen, hinter uns steht kein Claus Weselsky, der uns mit der Peitsche vor den Schweriner Hauptbahnhof getrieben hat. Claus Weselsky macht lediglich das, wofür er an die Spitze der GDL gewählt wurde. Das erwartet jedes GDL-Mitglied von ihm, genauso wie jedes GDL-Mitglied jetzt in der Auseinandersetzung hinter ihm steht.“

An der gemeinsamen Aktion der dbb Gewerkschaften am 17. August vor dem „Bahntower“ am Potsdamer Platz in Berlin nahm auch Erik Knochenhauer teil, der gemeinsam mit etwa 30 anderen GDL-Mitgliedern aus dem Bezirk Nord-Ost nach Berlin gekommen war.

„Ein Unternehmen des Staates, welches die Bedürfnisse seiner Mitarbeiter mit Füßen tritt, muss durch eine starke Gewerkschaft sowie durch den Eigentümer – nämlich den

Staat – gebremst werden. Die Wertschätzung der hart arbeitenden Kollegen im direkten Bereich beim Konzern DB werden durch massive Kürzung der Betriebsrente, einen Nullpunkt im Entgelt und das Verbreiten von Unwahrheiten gegenüber den Medienvertretern absolut gegen die Wand gefahren. Alle Kollegen lieferten trotz der



> Claus Weselsky (links) und Erik Knochenhauer

Pandemie gute Arbeit ab und dies sollte, wie im öffentlichen Dienst, auch belohnt werden. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch dem dbb für die Ausrichtung dieser äußerst wirksamen Demo im aktuellen Tarifkonflikt“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Jugend m-v am Rande der Kundgebung. ■

Optimistisch anders – 30. HanseSail unter Pandemiebedingungen

Maritime Gespräche bei Labskaus und frischem Wind

„Optimistisch anders“ lautete das Motto der 30. HanseSail Rostock, die aufgrund von Corona-Beschränkungen kleiner, feiner und damit besonders war. Die Bundeswehr durfte natürlich nicht auf dem Event der Marinehauptstadt Rostock fehlen und präsentierte sich mit der Korvette „OLDENBURG“ als Flaggschiff, der besten Reserve für M-V, der Warnemünder Taucherguppe, dem Landungsboot LACHS, Teilen des Waffensystems „Patriot“ sowie als Arbeitgeber Bundeswehr mit dem Karrieretruck.

Einer Einladung zum „Maritimen Gesprächskreis“ des Ins-

pektors der Marine Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach

folgte am 30. HanseSail Samstag neben vielen anderen Gäs-

ten aus Politik, Bundeswehr, Wirtschaft und öffentlichem Leben auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der auch stellvertretender sicherheitspolitischer Beauftragter des Reservistenverbandes M-V ist. Die Einschiffung erfolgte pünktlich um 9 Uhr auf der Korvette „OLDENBURG“ an der Warnowbrücke des Marinestützpunktes Hohe Düne. Nach eröffnenden Worten durch den

stellvertretenden Inspekteur der Marine und Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Rainer Brinkmann, und des Kommandanten der OLDENBURG hieß es: „Leinen los.“

Knecht nutzte zudem die Gelegenheit für ein Gespräch über die Schnittstellen zwischen Politik, Militär und Zivilgesellschaft mit der ebenfalls anwesenden Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp, bevor mit einem traditionellen Essen zum „Backen und Backen“ gerufen wurde – einem schmackhaften Labskaus.

Im Vordergrund standen – dem Titel der Ausfahrt folgend – Gespräche im „Dunstkreis“ der Marine. Knecht hatte mit Vizeadmiral Brinkmann als Beauftragter für Reservistenangelegenheiten der Marine und

dem Kommandeur des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Brigadegeneral Markus Kurczyk, kompetente Gesprächspartner bezogen auf die weitere Reservistenarbeit sowohl bei der Marine als auch im Landeskommando mit den dortigen Aktivitäten für die „Beste Reserve für M-V“.

Auf offener See konnten sich die Teilnehmer während einiger Manöver und Rettungsübungen von der Professionalität der Besatzung im Zusammenwirken mit dem Seenotrettungskreuzer „ARCONA“ der DGzRS sowie einem Hubschrauber SeaKing MK 41 der Luftrettung Warnemünde überzeugen, bevor am späten Nachmittag gemeinsam mit der Besatzung das traditionelle „Einlaufbier“ zelebriert wurde. Mit einem herzlichen



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht mit Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp

Dank an die Besatzung und für die Organisation endete der maritime Gesprächskreis mit neuen Eindrücken, Er-

kennnissen und Netzwerken, die motivierend für die nächsten Aufgabenstellungen sein werden. ■

CESI Akademie Europa:

Dietmar Knecht erneut zum Akademie-Vize gewählt

Der Landesvorsitzende des dbb Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, der auch die Grundsatzkommision für Europa des dbb leitet, ist in Brüssel an die Spitze der Akademie Europa der CESI wiedergewählt worden. Als Stellvertreter des neuen Akademiepräsidenten Marcello Pacifico will Knecht gemeinsam mit dem italienischen Kollegen wichtige Akzente in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie setzen.

„Wir wollen die moderne Form der Arbeit nach COVID-19 und die Digitalisierung besonders in den Vordergrund stellen“, so der wiedergewählte Akademie-Vize. Knecht erwartet, dass die Akademie Europa der CESI in den nächsten Jahren auch weiterhin von europäischen Fördermitteln profitieren wird. „Besonders nach der COVID-19-Pandemie ist es

wichtig, dass die Europäische Kommission weiterhin auf die Sozialpartner setzt und der sozialen Dimension Europas größte Bedeutung beimisst“, zeigte sich Knecht überzeugt.

Knecht sieht großen Bedarf für Fortbildung im europäischen Arbeitnehmer- und Beamtenbereich. „Die öffentlichen Dienste der EU-Mitgliedstaaten

sind aufgrund der COVID-19-Pandemie durch eine schwierige Zeit gegangen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren einer enormen Belastung ausgesetzt. In vielen Mitgliedstaaten waren sie der Grund, warum die Krise einigermaßen gut bewältigt werden konnte. Und das nur, weil sie sich schnell an die neuen Gegebenheiten anpassten, wobei ihnen kaum eine Atempause blieb. Diese Entwicklungen können zu massiven Belastungen führen. Es ist daher unverzichtbar, dass sie zum Gegenstand des europäischen sozialen Dialogs werden. Mit unseren Fortbildungsangeboten machen wir unsere Mitglieder fit für die Auseinandersetzungen der Zukunft, der Arbeitsweise nach COVID-19 und leisten zudem einen aktiven Beitrag zu euro-

päischem Erfahrungsaustausch“, so Knecht.

Besonders wertvoll an den Fachtagungen der Akademie Europa der CESI seien die Folgemaßnahmen, verstärkte Kooperationen zwischen den CESI-Mitgliedsorganisationen, aber auch weitere Arbeiten in den Gremien der CESI und Impulse für die Ausschüsse des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene. „Wir brauchen das Know-how, um zu guten Arbeitsbedingungen überall in der EU beizutragen. Gute Arbeit ohne sozialen Dialog ist kaum vorstellbar. Und qualifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten gehören untrennbar dazu, sind eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit“, betonte Knecht. ■

Vorbereitung auf XII. Altenparlament nimmt Fahrt auf

dbb Senioren engagieren sich im Vorbereitungskomitee

Am 13. Juli 2021 fand im Schweriner Landtag die konstituierende Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des XII. Altenparlaments statt, das im kommenden Jahr durchgeführt werden soll.

Das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Gremium von Seniorinnen und Senioren, das sich entsprechend der Anzahl der Mitglieder des Landtages aus 71 Personen zusammensetzt. Die Delegierten des Altenparlamentes sind Vertreter der Seniorenbeiräte, der Senioren- und Sozialverbände, der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Seniorenorganisationen der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen sowie weiterer Verbände und Vereine. Nach der Devise „Politik mit und nicht für Seni-

oren“ kann das Altenparlament an der Lösung aktueller und mittelfristiger Aufgaben im Bereich der Seniorenpolitik mitwirken. Aus diesem Grund engagiert sich auch die dbb Landesseniorenvertretung in diesem Gremium und wird auch im Organisationskomitee von ihrem Vorsitzenden Gerd Dümmel vertreten.

Die konstituierende Sitzung wurde von Landtagspräsidentin Birgit Hesse geleitet und beschäftigte sich neben der Wahl der Leitung des Organisationskomitees und der einzel-



nen Arbeitsgruppen auch mit der Festlegung der Themen für die drei Leitanträge („Ausbau und Erhalt der Beratungslandschaft“, „Corona und digitale Teilhabe“, „Klima, Umweltschutz und Demokratie“). Entsprechend diesen Themen wurden die Arbeitsgruppen gebildet. Der dbb Landesseniorenvorsitzende Gerd Dümmel

wird in der zweiten Arbeitsgruppe mitwirken.

Bis zum nächsten Treffen, das für den 5. Oktober geplant ist, werden die Arbeitsgruppen zu ihrem jeweiligen Leitantrag eine Präzisierung des Themas und eine Gliederung vorlegen, die dann dort beschlossen werden sollen. ■

DPVKOM-Regionalverbände Nord und Ost vereinigt

Andreas Kögler zum Vorsitzenden gewählt

Am 24. und 25. Juli 2021 fanden in Soltau der 6. Gewerkschaftstag des Regionalverbandes Nord sowie ein außerordentlicher Gewerkschaftstag des Regionalverbandes Ost statt. Beide zusammen bilden nun den neuen Regionalverband Nord/Ost.

Die insgesamt 87 anwesenden Delegierten der Regionalverbände Nord und Ost stimmten bei ihren jeweiligen Gewerkschaftstagen mit großer Mehrheit für eine Vereinigung. Zum neuen Regionalvorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende des RV Nord, Andreas Kögler, gewählt. Er steht damit in den kommenden fünf Jahren

an der Spitze. Gleichberechtigt stellvertretende Vorsitzende sind Benno Albrecht, Ralf Reinhardt und Jens Rübke. Zu Beginn des gemeinsamen Gewerkschaftstages erinnerte die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus zunächst an die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe, zu denen auch Post- und Telekom-Kolle-

gen zählen, und bekundete die Solidarität der DPVKOM. Diese zeigte sich auch darin, dass bei der Spendenaktion vor Ort beachtliche 2 000 Euro eingesammelt werden konnten. Anschließend übermittelte der Vorsitzende des dbb Landesbunds Niedersachsen, Alexander Zimbehl, ein Grußwort. Nach einer sich anschließen-

den Abendveranstaltung wurde der Gewerkschaftstag am nächsten Tag mit den Statements zu den berufspolitischen Themen fortgesetzt. Hier stellten Kögler und der Referent für Telekom, Karlheinz Vernet Kosik, die wichtigsten Forderungen und Positionen der DPVKOM dar. Der dbb m-v gratuliert Andreas Kögler zu seiner Wahl und setzt auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit des neuen Regionalverbandes mit dem dbb Landesbund. ■

Sachsen aufgepasst!

Schwierige Einkommensrunde 2021 steht bevor

Der Herbst 2021 sorgt für einiges Aufsehen. Die aktuelle Einkommensrunde ist die optimale Gelegenheit, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder DANKE zu sagen. Und zwar allen Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst zum Wohl der Gesellschaft leisten, gerade jetzt unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie.

Der Staat als Arbeitgeber muss attraktiver werden, besonders in Zeiten des Fachkräftemangels. Hier ist es wenig hilfreich, wenn schon heute seitens der Arbeitgeberseite Ankündigungen gemacht werden, nur zu einem Abschluss bereit zu sein, wenn die Gewerkschaften, beim Thema „Arbeitsvorgang“ Zugeständnisse machen. „Kompromisse einfordern, wo noch keine Forderungen oder Verhandlungen begonnen haben, das werden wohl harte Auseinandersetzungen werden“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB. „Und so heißt es bereit zu sein, wenn die TdL den Ernst der Lage verkennt und wir



> Landesvorsitzende Nannette Seidler bei der hybriden Veranstaltung zur Forderungsfindung zur Einkommensrunde am 26. August 2021

Gewerkschafter für unser Recht einstehen müssen“, so Seidler.

Am Verhandlungstisch wird auch der Sächsische Finanzminister Hartmut Vorjohann sitzen. Der SBB rechnet fest damit, dass alle Mitglieder gemeinsam für unsere Forderungen einstehen. Nicht zuletzt, weil für den SBB klar ist, dass die Ergebnisse dieser Tarifverhandlungen auf die sächsischen Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden müssen.

Aktuelle Informationen zum Thema sind auf der Website www.sbb.de abrufbar.

Runder Geburtstag

30 Jahre Tag der Sachsen und der SBB war dabei

Im Jahr 2021 jährt sich die Veranstaltung „Tag der Sachsen“ zum 30. Mal und wir als SBB waren mit unseren Mitgliedsgewerkschaften fast von Beginn an mit dabei.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften präsentierten wir uns jährlich auf dem größten Volksfest Sachsens. Hier nutzten wir die Chance, den Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit des öffentlichen Dienstes und unserer Gewerkschaften näher zusammenzubringen.

Unser Zelt war immer gut besucht und so nutzten auch viele Abgeordnete und Politiker aller demokratischen Parteien die Gelegenheit und statteten uns einen Besuch ab. Auch der jeweilige sächsische Ministerpräsident konnte begrüßt werden. Viele Probleme wurden in diesem ungezwungenen Rah-

men diskutiert und mögliche Lösungen aufgezeigt. Auch Behördenleiter und viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst sorgten für eine abwechslungsreiche und breite Basis in der Diskussion. Und so wurde das eine oder andere Mal beim Tag der Sachsen der Grundstein für spätere Erfolge gelegt.

Ausgefallen ist der Tag der Sachsen bisher nur in Ausnahmefällen: 2002 durch die Flut in Döbeln und in den Jahren 2020 und 2021 stoppte Corona die bereits weit gediehenen Vorbereitungen in Aue/Bad Schlema (2020) und in Freital (2021). Die Vorbereitungen für den Tag der Sachsen 2022 in Frankenberg laufen bereits auf Hochtouren.

Jeden 1. Freitag im September hielten sich die Fußballer des



© SBB (2)

> Das Zelt vom SBB in Riesa 2019

FC Landtag Sachsen und des FC Beamtenbund frei, um zum jeweiligen Tag der Sachsen um den vom Präsidenten des Landtags gestifteten Wanderpokal zu kämpfen. Man sah Landtagsabgeordnete gegen Gewerkschafter hart aber fair um den Ball spielen, einen Poli-



> Die Fußballer des FC Landtag Sachsen und des FC Beamtenbund 2016 in Limbach-Oberfrohna

zisten den verschluckten Ersatzball unterm Trikot verstecken und auch einen Staatssekretär Liegestütze nach einem Foul vor der Schiedsrichterin machen. Mal gewannen die Politiker, mal die Gewerkschafter; Verletzte gab es nie, lediglich der Muskelkater danach war inklusive.

Nicht vergessen sollen die Jäger und Sammler sein, die sich die Ausrüstung an Gummibärchen, Kugelschreibern und jeglichen weiteren Werbemitteln für Jahrzehnte in die Beutel, Taschen, Rollkoffer stopften. Also bleiben wir positiv und freuen uns schon heute auf Frankenberg 2022.

Forstverwaltung

Das süße Gift der Personalbudgetierung

Die Haushaltspolitik des Freistaats Sachsen war seit 1990 auf „Konsolidierung und Erhalt der Investitionsquote durch Personalabbau“ geprägt.

Für die Sächsische Forstverwaltung bedeutete dies zum Beispiel, dass im Stellenplan 2019 nur noch rund 35 Prozent der 1993 im Haushaltsplan ausgebrachten Stellen der Forstverwaltung vorhanden waren – und dass trotz Eingliederung der Nationalparkverwaltung 2003, der vorher im SMUL bestehenden Ministerialabteilung, 2006 mit Staatsbetriebsgründung und zweier weiterer Naturschutzverwaltungen 2007 und 2008!

Die Aufgaben wurden – wie in allen Teilen der Landesverwaltung – nicht weniger, sondern zunehmend immer komplexer. Hinzu kommt, dass die Forstverwaltung eine Flächenverwaltung ist und insbesondere bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes einen eher betrieblichen, denn einen rein administrativ-hoheitlichen Aufgabenbereich hat.

Aus diesem Grund begann mit dem Doppelhaushalt

2011/2012 (beim „Stand 40 Prozent des Personals von 1993“) im Staatsbetrieb Sachsenforst eine „Personalbudgetierung“. Basierend auf dem „Neuen Steuerungsmodell“ wurde durch eine Ressortvereinbarung zwischen dem Umwelt- und Landwirtschaftsministerium einerseits und dem Finanzministerium andererseits der entsprechende Landtagswille umgesetzt. Dabei wird der Staatsbetrieb ermächtigt, den im Haushalts-



plan ausgebrachten Stellenplan bis zu der in der Tabelle aufgeführten Stellenanzahl hinaus zu überschreiten. Die anfallenden Personalmehrausgaben infolge der Stellenüberschreitung sind durch Minderausgaben bei anderen Wirtschaftsplanpositionen oder durch Mehrerlöse auszugleichen. Bis 2016 durften im Rahmen der Personalbudgetierung nur Menschen mit auf bis zu zwei Jahren befristeten

HH-Jahr	1993	1998	2003	2008	2013	2019
Stellen Forstverwaltung gesamt	3 662	2 892	2 046	1 768	1 426	1 265

Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Seit 2017 dürfen dort Beschäftigungsverhältnisse bis zur Dauer von fünf Jahren nachgewiesen werden – zum Beispiel auch von Kolleginnen und Kollegen, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, aber innerhalb dieses Zeitraums in Altersrente gehen. Dies eröffnet die Möglichkeit, deren ursprüngliche Stellen bereits entsprechend zeitiger zu besetzen und dadurch zum Beispiel die „demografische Lücke“ in der Belegschaft durch jahrelange Nichteinstellungen eher aufzufüllen oder aber Tandemlösungen vergleichbar dem Demografie-Stellenpool der Staatsregierung umzusetzen. Auch viele Projekte im Staatsbetrieb Sachsenforst konnten nur dadurch bearbeitet werden, dass im Rahmen der Personalbudgetierung Menschen beschäftigt werden konnten – und diese Aufgaben nicht an externe Dienstleister vergeben werden mussten.

■ **Warum nun „süßes Gift“?**

Betrachtet man die mögliche Anzahl besetzbarer Stellen in der Personalbudgetierung, so steigt deren Anteil an der „Stammebelegschaft“ im Stellenplan C von anfangs 5 Prozent auf inzwischen rund 15 Prozent an – was durch Haushaltspolitik et cetera immer als „Erfolg“ verkauft wird. Durch die Möglichkeit der Beschäftigung zusätzlichen Personals seien ja alle Personalprobleme von Sachsenforst gelöst. Sind sie aber nicht.

Der Hauptanteil der Arbeitsverhältnisse in der Personalbudgetierung beim Staatsbetrieb Sachsenforst war und ist die Zwei-Jahres-Befristung – vorrangig von selbst ausgebildeten Absolventen (Forstwirte, Forstinspektoren und

Forstreferendare). Diese Menschen sind durch den Umstand hoch motiviert, in ihrem „exotischen“ Berufsfeld eine Anstellung im öffentlichen Dienst zu bekommen. Allerdings benötigen diese Berufseinsteiger eine gewisse Einarbeitungszeit, bis sie die gestellten Aufgaben selbstständig erledigen können – angefangen von der Kenntnis der Lage der einzelnen Waldgebiete bis hin zu Spezialaufgaben in Projekten (zum Beispiel Generhaltung, Konzeptionserstellungen et cetera). In dieser Zeit müssen sie in den Organisationseinheiten von den bereits „bis über beide Ohren beschäftigten“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut werden, die dadurch logischerweise weniger ihre originären Aufgaben erledigen können. Da die

Arbeitsverhältnisse zudem oft auf der Basis von § 14 Abs. 2 TzBfG abgeschlossen wurden und dadurch in den wenigsten Fällen eine Verlängerung möglich ist, bewerben sich die jungen Menschen häufig bereits ab der Hälfte der Vertragslaufzeit auf andere Stellen, vorrangig mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Wenn nun eine derartige Bewerbung deutlich vor Ablauf der ursprünglich angedachten Befristung erfolgreich ist, hat der verbleibende Teil der Mitarbeiterschaft Zeit in die Einarbeitung des jungen Menschen investiert, ohne die „Rendite“ in Form einer ernsthaften fachlichen Unterstützung ernten zu können. In Extremfällen erfolgt dieser Zyklus sogar mehrmals hintereinander auf der gleichen Stelle.

Somit bringt die Personalbudgetierung neben den anfangs geschilderten Vorteilen eben auch viel Frust bei vielen Beschäftigten – bei den Stelleneinhabern, die sich trotz Arbeitsverhältnis schon wieder zeitnah weiter bewerben müssen, bei den Personalverwaltungen, die eine hohe Zahl von Stellenausschreibungen und Bewerbungsverfahren vorbereiten und begleiten müssen sowie letztlich bei den Mitarbeitern, denen mit immer wieder neu einzuarbeitenden, befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen nicht gedient ist.

Eine echte Lösung der Probleme in der Forstverwaltung ist nur eine Personalpolitik, die auf unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen basiert! ■



© René Wlak / Pixabay

HH-Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Stellen	93	91	87	85	85	85	198	198	120	120	198	198

Warnstreiks in ASB-Kitas

Erzieher fordern Aufnahme von Tarifverhandlungen

Am 14. Juli 2021 haben Beschäftigte in den Kitas des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) zwischen Görlitz und Zittau für vier Stunden ihre Arbeit niedergelegt.



Mit diesem ersten Warnstreik fordern die Erzieherinnen und Erzieher die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Bei der Kundgebung vor der Kita Hummelnest in Görlitz beteiligten sich 30 Beschäftigte. Betroffen von dem Warnstreik waren sechs Kindertagesstätten, an zwei davon legten alle Beschäftigten die Arbeit nieder. Eine Notbetreuung wurde gewährleistet.

Arbeitgeberverband mit Verzögerungstaktik

Seit 2019 unternimmt der Sächsische Erzieherverband (SEV) mit dem dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) zahlreiche Versuche, mit dem Arbeitgeberverband des ASB Landesverbandes Sachsen in Tarifverhandlungen einzutreten.

Im Februar 2020 riefen dbb und SEV die Mitglieder des Sächsischen Erzieherverbandes erstmals zu einem Warnstreik auf. Bereits die Ankündigung führte damals dazu, dass der ASB-Landesverband dem dbb beamtenbund und tarifunion Tarifverhandlungen in Aussicht stellte. Der geplante Warnstreik konnte so zunächst abgewendet werden. Ein erster Sondierungstermin, welcher Ende März 2020 geplant war, kam aufgrund der Corona-Pandemie nicht zustande. In weiteren Gesprächen und Telefonaten im Verlauf des Jahres 2020 wurde vom SEV stets die Aufnahme von Tarifverhandlungen angemahnt. Seitens der ASB-Vertreter erfolgte immer wieder die Auskunft, dass die Corona-Pandemie derzeit keine Tarifgespräche ermögliche.

ver.di scheitert an der Aufnahme von Tarifverhandlungen

Die Beschäftigten erfuhren Anfang Juni 2021, dass der Arbeitgeberverband des ASB-Sachsen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Tarifverhandlungen plant. Daraufhin hatte der dbb in einem Schreiben vom 9. Juni 2021 den ASB noch einmal zur Aufnahme von Tarifverhandlungen aufgefordert. Mittlerweile hat ver.di aufgrund der „schlechten Beteiligung“ von den Beschäftigten an einer Online-Versammlung die geplanten Verhandlungstermine mit dem Arbeitgeberverband des ASB abgesagt. ver.di sah sich „nicht in der Lage eine Tarifkommission aus den Reihen der Beschäftigten zu bestimmen“ (Auszug Schreiben ver.di vom 23. Juni

2021). Am 30. Juni erreichte den dbb das Antwortschreiben des Vorstandsvorsitzenden des ASB-Arbeitgeberverbandes, Andreas Krüger, auf die Aufforderung zu Tarifverhandlungen. Darin heißt es: „Ich werde in der nächsten Vorstandssitzung Ihre Wünsche nochmals thematisieren, obwohl ich nicht glaube, dass sich unsere Position zur Aufnahme von Tarifverhandlungen mit ver.di ändern wird.“ Für den SEV kann es nicht sein, dass sich der Arbeitgeber aussucht, mit welcher Gewerkschaft er Tarifverhandlungen führt.

SEV und dbb fordern Tarifvertrag

Nicht zuletzt durch den bisher ausgeübten Druck zahlt der ASB-Regionalverband Zittau/Görlitz seinen Erzieherinnen und Erziehern seit April 2021 freiwillig eine Zulage, die dem Niveau des öffentlichen Dienstes sehr nahekommt. Diese Zulagenzahlung könnte aber jederzeit vom Arbeitgeber wieder eingestellt werden. SEV und dbb fordern daher eine verbindliche Angleichung der Bezahlung und weiterer Arbeitsbedingungen an das Niveau des öffentlichen Dienstes durch einen Tarifvertrag. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Erzieherinnen und Erzieher bei freien Trägern schlechtere Arbeitsbedingungen haben als ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der Kommunen. Ob weitere Streiks stattfinden werden, hängt entscheidend von der weiteren Reaktion der Arbeitgeberseite ab.

*Theresa Fruß,
Referentin für Bildungs-,
Berufs- und Tarifpolitik*

Branchentag der DSTG

Wir fordern nicht nur, wir haben auch viel geleistet!

„Gemeinsam Stärke zeigen“, lautete der Appell von Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender sachsen-anhalt, beim digitalen Branchentag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) am 5. August 2021.

Rund 30 Mitglieder der DSTG sowie weiterer dbb Mitglieds-gewerkschaften haben sich dabei mit dem dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Erwartungen an die Einkommensrunde 2021 ausgetauscht.

„Die Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch in Notlagesituationen routiniert, engagiert und verlässlich den Staat am Laufen halten. Wir berufen uns auf Wertschätzung und eine angemessene Teilhabe an der Entgeltsteigerung“, begrüßte Iris Herfurth, stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende der DSTG Sachsen-Anhalt, die Teilnehmer.

Die Erwartungen der Beschäftigten der Steuerverwaltung und Mitglieder der DSTG Sachsen-Anhalt wurden eindeutig formuliert: Die Pandemie stell-

te die Beschäftigten vor große Herausforderungen, die sie annehmen und erfolgreich gemeistert haben. Es wurde Mehrarbeit geleistet und Solidarität für Kolleginnen und Kollegen bewiesen, die aufgrund pandemiebedingter Kinderbetreuung weniger arbeiten konnten. Dieser Einsatz muss sich nun auch auszahlen.

Ladebeck forderte Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte auf, eine Einheit zu bilden, damit der öffentliche Dienst nicht zum Sparschwein der Nation werde. Er warb für ein starkes Ergebnis in der Einkommensrunde, damit sich auch junge Menschen wieder für die Arbeit im öffentlichen Dienst interessieren. „Wir for-

dern nicht nur, wir haben auch viel geleistet“, betonte dbb Tarifchef Volker Geyer, der die digitale Veranstaltung leitete.

Ein weiteres wichtiges Thema bildete das Motto „Hände weg vom Arbeitsvorgang“. Dieser Forderung wurde Nachdruck verliehen, da sie Auswirkungen auf alle Branchen, so auch auf die Finanzverwaltung hat. „Es geht dabei um das Geld jedes Einzelnen und dessen beruflicher Weiterentwicklung. Die geplanten Regelungen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) stellen eine konkrete Bedrohung für die aktuelle Eingruppierung dar. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels muss der öffentliche Dienst attraktiver werden“, betonte Geyer.

Die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen sowie die Schilderungen aus der Arbeitspraxis vor Ort fließen jetzt in die Forderungsdiskussion ein. ■



> dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck, DSTG-Landesvorsitzende und stellv. dbb Landesvorsitzende Iris Herfurth, 1. stellv. Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt Ulrich Stock (von links)

Fürsorgepflicht des Dienstherrn

DPOlG wirbt für Einführung einer Regressobergrenze

Ein ergangener Leistungsbescheid der Polizeiinspektion Halle (Saale) vom Oktober 2020 gegenüber einem Polizisten in Sachsen-Anhalt war Anlass eines Treffens zwischen Rüdiger Erben, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Olaf Sendel, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen-Anhalt (DPOlG), am 17. Mai 2021.

Jedem Polizisten kann im Dienst ein Missgeschick unterlaufen. Genau dies ist einem Polizisten aus Sachsen-Anhalt im Rahmen seiner Dienstverrichtung passiert: Er verursachte einen Verkehrsunfall und es

entstand ein hoher Sachschaden. Den entstandenen Schaden soll er nun mit seinem Privatgeld in vollem Umfang in Höhe von rund 25 000,00 Euro begleichen.

„Es kann nicht sein, dass man als Polizist seinen Dienst verzieht und als ‚Dankeschön‘ eine derart horrende Geldsumme mit privatem Geld begleichen soll, auch wenn der Schaden schuldhaft herbeigeführt wurde“, kommentiert Sendel den Vorfall. „Nicht auszudenken, wenn mehrere Verkehrsunfälle verursacht werden und in der

Folge mehrere Forderungen gestellt werden.“ Dies sei in Sachsen-Anhalt derzeit durchaus möglich.

Obwohl das Land gegenüber seinen Beamt*innen einer verfassungsrechtlichen Fürsorgepflicht unterliege, sei es den Verantwortlichen bisher nicht gelungen, diese Pflicht wahrzunehmen. Der Bund habe entsprechende Regelungen bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und Bundeswehr. Diese sehen vor, dass maximal sechs Monatsgehälter pro Schadensfall eingefordert werden können.

Betrachte man das Problem unter dem Gesichtspunkt der Besoldungsunterschiede zwischen Bund und Ländern, bekomme die aktuelle Forderung in Höhe von 25 049,32 Euro gegenüber einem jungen Polizeimeister mit einer Besoldungsgruppe A 7 eine vernichtende Bedeutung.

Erben sei dieses Problem bekannt. Im Vorfeld des Gespräches habe er eine Länderumfrage gestartet. Entsprechende Antworten lagen zum Zeitpunkt des Gespräches noch nicht vor. Für Erben entschei-

dend seien hier die Regelungen bei der Bundespolizei. Auf deren Grundlage werde er für die Einführung einer Regressobergrenze werben. Ferner sagte er zu, bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen das Problem thematisieren zu wollen.

Die DPoIG hatte sich auch mit einem Schreiben an den Innenminister sowie die Abgeordneten des Landtages Sachsen-Anhalt mit der Bitte gewandt, sich dieser Thematik anzunehmen und sich für eine Einführung einer Regressobergrenze einzusetzen. ■

Philologenverband Sachsen-Anhalt

Gut gerüstet ins neue Schuljahr?!

Dank besonderer finanzieller Anreize für Neueinstellungen im ländlichen Raum, flexibler Arbeitszeitmodelle im Lehrerbereich, Ausgleichszahlungen für angestellte Lehrkräfte, attraktiver Vergütung von Mehrarbeit und der Schaffung von Beförderungstellen für Lehrkräfte konnten alle ausgeschriebenen Stellen zum Schuljahresstart besetzt werden, Anträge auf vorzeitigem Ruhestand und Teilzeitarbeit gingen signifikant zurück, die Unterrichtsversorgung liegt über 100 Prozent.

Zu Beginn des Schuljahres sind nun ein Viertel der Schulen in Sachsen-Anhalt mit Luftfiltersystemen ausgestattet. Bis zum nächsten Schuljahr sollen weitere 25 Prozent folgen. Für alle Kreise stehen über das technische Hilfswerk mobile Raumfilteranlagen als Insellösungen bei kritischem Infektionsgeschehen bereit. 95 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt sind zweimal geimpft. Für Schülerinnen und Schüler werden für das kommende Schuljahr wöchentlich zwei Corona-Tests zur Verfügung gestellt.

Schon vor Beginn der Sommerferien begann in Kooperation von Land und Kommunen die

Inbetriebnahme einer landesweit einheitlichen Kommunikationssoftware für Schüler, Eltern und Lehrer. Learning Content Management Systeme, Videokonferenz-Tools, Kollaborations-Tools und Upload-Dienste für Unterrichtsmaterialien sind integriert. Alle Schulen sind zum Schuljahresstart in dieses System eingebunden. Schülern und Lehrern stehen Endgeräte zur Nutzung zur Verfügung, Schulbuchverlage binden zeitnah ihre Lehrwerke ein.

Vergleichbar den Buchungen an Nord- und Ostsee zu Ferienbeginn schrieben sich Schülerinnen und Schüler in Sommerakademien, Ferienlerncamps

und vielfältige Förderangebote von Hochschulen, Universitäten, Schulen und freien Bildungsträgern ein, um Lerndefizite der zurückliegenden Corona-Monate aufzuarbeiten. Die Schulen werden zum Schuljahresstart mit einer Vielzahl von außerunterrichtlichen Förderangeboten Schülerinnen und Schüler individuell fördern und Lernrückstände ausgleichen.

... es klingt zu schön, um wahr zu sein!

Das zweite Corona-Schuljahr liegt weit hinter uns, ist Geschichte. Lehrkräfte und Schüler sind mit ihren Familien und Freunden im Urlaub oder genießen einfach die wohlverdienten Ferien, haben also frei. Die dominierenden Probleme jedoch haben keine Ferien und entwickeln sich erneut in eine unerfreuliche Richtung. Die Probleme haben Namen: Corona-Pandemie, Digitalisierung, Unterrichtsversorgung und die Tatsache, dass sie kaum unabhängig zu betrachten sind, da sie sich gegenseitig verstärken. Seit Jahren belastet die mangelhafte Unterrichtsversor-

gung die pädagogische Arbeit in allen Schulformen. Trotz gesteigerter Bemühungen in Politik und Verwaltung, wird es auch in diesem Schuljahr erwartungsgemäß nicht zu einer deutlichen Richtungsänderung in diesem sensiblen Bereich kommen. Da hilft auch eine weitere fünfjährige Willenserklärung einer neuen Koalition des Festhaltens am Ziel einer 103-prozentigen Unterrichtsversorgung nicht weiter. Für die Arbeit vor Ort in den Schulen, besonders für Schülerinnen und Schüler, wird die weiter anhaltende Unterversorgung mit regulär ausgebildeten Lehrkräften erneut gravierende Folgen haben.

Die vorgenommenen Kürzungen der amtlichen Stunden tafeln in vielen Schulformen werden anhalten, es wird weiterhin zu einer immensen Häufung von Ausfallstunden und nichtfachgerechtem Vertretungsunterricht kommen. Auch die im letzten Schuljahr geschaffene Möglichkeit der bezahlten freiwilligen Mehrarbeit wird dieses Problem nur marginal mindern. Die Zahl der Seiteneinsteiger wird steigen und

mit ihr die Anzahl fachlich und pädagogisch nicht ausreichend ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulformen.

Die Gewinnung von neuen Lehrerinnen und Lehrern wird auch in den kommenden Jahren primäre Aufgabe der Regierung sein. Ebenso wichtig jedoch ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Lehrkräfte bis zum Erreichen des regulären Renteneintrittsalters im System Schule halten. Ersteres bedarf einer umfassenden und effizienten Studienorientierung, bedarfsgerechter fächer- und schulformspezifischer Ausbildungskapazitäten, einer praxisorientierten Umstrukturierung der Lehrerbildung an den Hochschulen und Universitäten und einer Erhöhung der Attraktivität des Lehrberufs, insbesondere der Arbeit außerhalb der beiden Ballungsräume Halle und Magdeburg.

Unterrichtsbedarfe können nur nachhaltig gesichert werden, wenn Lehrkräfte nicht vorzeitig aus dem Berufsleben aussteigen. Dazu sind verstärkte Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und eine deutliche Reduzierung der aktuell jährlich steigenden Überlastungen im Lehrerberuf zwingend notwendig. Flexible Arbeitszeitmodelle und die Wiedereinführung von Arbeitszeitkonten zur Ansparung und dem späteren Ausgleich von Mehrarbeit sind ebenso notwendig, wie eine noch bessere Vergütung von Mehrarbeit. Mehrleistungen über die Regelbelastungen hinaus berechnen zu einer Mehrvergütung über die Höhe der Regelvergütung. Höherwertige Tätigkeiten im normalen Lehrerberuf verlangen auch eine höhere Vergütung, die Einführung von Beförderungsstellen für Lehrerinnen und Lehrer ist überfällig, ebenso Ausgleichszahlungen für angestellte Lehrkräfte, um die Nettoeinkommensverluste gegenüber Lehrkräften im Beamtenverhältnis zu verringern.

Seiteneinsteiger sind verbindlich berufsbegleitend zu qualifizieren. Der Erwerb der Lehrbefähigung im berufsbegleitenden Vorbereitungsdiens und der Unterrichtsbe-fähigung für ein weiteres Fach der Stundentafel sind verbindlich zu regeln.

Auch im kommenden Schuljahr werden Hygieneverordnungen die Unterrichtsorganisation an unseren Schulen bestimmen. Für Lehrkräfte gab es im vergangenen Schuljahr ein umfassendes Impfangebot. Ein dritte Auffrischungsimpfung sollte auch unter dem Gesichtspunkt der raschen Ausbreitung der Delta-Variante und der gestiegenen Infektionszahlen im Altersbereich der Schülerinnen und Schüler für Lehrkräfte angeboten werden. Impfangebote für Schülerinnen und Schüler über den Hausarzt und in Verantwortung der Familien sind zu unterstützen. Impfkampagnen in den Schulen oder eine Impfpflicht sind generell abzulehnen. Zur Früherkennung und Eindämmung von Infektionsgeschehen und zum Schutz aller am Schulleben Beteiligten sind auch im kommenden Schuljahr verpflichtend wöchentlich zwei Corona-Testungen für nicht vollständig Geimpfte durchzuführen. Für Schülerinnen und Schüler und nicht impffähige Lehrkräfte sind diese kostenfrei vorzuhalten.

Abstands- und Hygieneregeln sind verbindlich umzusetzen. Impfangebote, Hygienekonzepte und umfassende Testungen sollten einen Schulbetrieb ohne Maskenpflicht und im Regelfall als Präsenzunterricht ermöglichen. Hybrid- oder Wechselunterricht hat nur bei einer besonderen Gefährdungssituation zu erfolgen. Die bisherigen Organisationsentscheide auf Grundlage von Inzidenzen sind an die geänderte Impfsituation- und Infektions-situation anzupassen. Alle Schülerinnen und Schüler sind zur Teilnahme am Präsenzun-

terricht zu verpflichten. Die Hoffnung, dass Präsenzunterricht ohne Maskenpflicht stattfinden kann, wird auch durch die wieder aufkommende Diskussion zur Installation von Lüftungsgeräten genährt. Schon seit 2020 wurde durch uns der Einsatz solcher Geräte gefordert, vom Land jedoch mit dem Argument fehlender oder verlässlicher Daten zur Wirksamkeit ausgebremst.

Mit dem Förderprogramm des Bundes ist Bewegung in diese Angelegenheit gekommen, Lüftungsgeräte werden nicht mehr prinzipiell abgelehnt, sondern sollen in Räumen, die nicht ausreichend gelüftet werden können, zum Einsatz kommen. Dieser Ansatz ist jedoch halbherzig und kurzfristig, denn bei sinkenden Außentemperaturen ist die Lüftung jedes Unterrichtsraumes problematisch. Es bedarf zwingend eines umfassenden Stufenplans zur Aus- und Nachrüstung aller Unterrichts-räume. Neben der Virenbelastung der Atemluft in Unterrichts-räumen geht es auch um eine Absenkung der CO₂-Konzentration und eine Anhebung der relativen Luftfeuchtigkeit.

Schulschließungen, Distanzunterricht, Hybridunterricht, Masken- und Testpflicht und die Debatte über die Notwendigkeit und Bedeutung von Impfungen beeinflussten alle Bereiche der schulischen Tätigkeiten.

Es zeigen sich nach wie vor, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, Defizite in der Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten und bei der Leistungsfähigkeit der Internetzugänge. Auch die technischen Möglichkeiten, die den Schülerinnen und Schüler zu Hause zur Teilnahme am Online-Unterricht und dem digitalen Lernen und Arbeiten zur Verfügung stehen, sind sehr unterschiedlich. Für die Schülerinnen und Schüler wurden relativ schnell Leihgeräte, einfa-

che Laptops, bereitgestellt. Diese werden genutzt. Ihre technische Konfiguration lässt jedoch eine effektive Arbeit nicht zu, da diese Geräte keine Touchscreens besitzen und somit zusätzlicher Infrastruktur in Form von Druckern und Scannern bedürfen, die genau in den Familien, die diese Leihgeräte nutzen, nicht vorhanden sein dürften.

Die Dienstrechner für Lehrerinnen und Lehrer befinden sich seit Ende des letzten Schuljahres endlich an den Schulen. Es bleibt zu hoffen, dass die Absprachen von Land und Schulträgern soweit gediehen sind, dass diese recht unterschiedlichen Endgeräte zum Schulstart nicht nur den Kolleginnen und Kollegen übergeben werden, sondern auch datenschutzsicher sowohl in die häusliche als auch schulische IT eingebunden werden können und neben dem Betriebssystem auch grundlegende Anwendersoftware zur Nutzung zur Verfügung steht.

Es ist davon auszugehen, und erste Untersuchungen haben das bestätigt, dass besonders im Bereich der Primar- und Sekundarschuljahrgänge erheblicher Nachholbedarf in Bezug auf die Lernstoffvermittlung und Kompetenzentwicklung besteht. Die Ergebnisse der Abiturprüfungen der letzten beiden Schuljahre zeigten, dass auch bei inhaltlicher und stofflicher Schwerpunktsetzung vergleichbare und anspruchsvolle Prüfungen abgelegt werden können. Dieses erfolgreiche Verfahren zur Vorbereitung und Durchführung der Prüfungen ist für die kommenden Jahrgänge der Qualifikationsphase weiter zu evaluieren und anzupassen.

Die Zukunft wird zeigen, inwieweit der Einsatz der erheblichen finanziellen Mittel, die der Bund zur Behebung von Lerndefiziten zur Verfügung gestellt hat, bei Schülerinnen und Schülern mit deutlichem

Nachholbedarf positive Effekte zeigt.

Es liegt viel Arbeit vor der neuen Regierungskoalition und

dem Bildungsministerium. Der Philologenverband Sachsen-Anhalt stellt sich den Herausforderungen des kommenden Schuljahres, steht als kompetenter und verlässlicher Partner für eine Zusammenarbeit zur Verfügung und wird seinen Beitrag zur Weiterentwicklung von Schule in unserem Land leisten.

tenter und verlässlicher Partner für eine Zusammenarbeit zur Verfügung und wird seinen Beitrag zur Weiterentwicklung von Schule in unserem Land leisten.

*Thomas Gaube,
Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt und stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt*

16. DVG Bundesgewerkschaftstag

DVG Sachsen-Anhalt stark vertreten

Auf dem 16. Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft wurde Ulrich Stock mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Aufgrund der Corona-Pandemie fand dieser mit einjähriger Verspätung am 18. und 19. Juni 2021 in Saarbrücken statt.

„Nach der Pandemie darf in keinem Fall am öffentlichen Dienst gespart werden. Vielmehr muss vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels und der verschleppten Digitalisierung massiv in den öffentlichen Dienst investiert werden. Um bürgernah und flexibel agieren zu können, brauchen wir einen öffentlichen Dienst mit qualifizierten und leistungsstarken Beschäftigten. Und: Ein Staat braucht verantwortungsvolle öffentliche Arbeitgeber, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive, flexible und moderne Arbeitsbedingungen anbieten“, betonte Stock, der auch Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt und 1. stellvertretender Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt ist, in seiner Rede.

In der Vorgremiensitzung der Bundesfrauenvertretung der DVG am 17. Juni 2021 wurde Annette Dölle, DVG Sachsen-Anhalt, als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt.

Ferner tagte am 17. Juni 2021 die Bundessenorenvertretung der DVG. Hier wurde Walter Jertzimbeck, der ebenfalls Mitglied der DVG Sachsen-Anhalt ist, in seinem Amt als stellver-



> Albert Engel, stellvertretender Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt, beriet den Tagungspräsidenten.

treter Bundesvorsitzender der DVG-Bundessenorenvertretung bestätigt.

„Ich freue mich, dass die DVG Sachsen-Anhalt mit den beiden Kolleg*innen in den Bundesgremien der DVG vertreten



> Annette Dölle wurde als stellvertretende Vorsitzende in die Bundesfrauenvertretung der DVG wiedergewählt



> Ulrich Stock, Bundesvorsitzender der DVG

ist. Dies ist eine Würdigung ihrer bisherigen engagierten gewerkschaftlichen Arbeit“, kommentierte Stock ihre Wiederwahl.

Auf dem Bundesjugendtag, der ebenfalls am 17. Juni 2021 tagte, wurde die DVG Sachsen-Anhalt durch den stellvertretenden Landesjugendleiter Julio Kösters vertreten. Alle eingereichten Anträge der DVG-Landesjugendleitung an den Bundesjugendtag wurden mit großer Mehrheit angenommen



> Julio Köster, stellvertretender Landesjugendleiter der DVG Sachsen-Anhalt im Bundesjugendtag



> Bundesgeschäftsführer Thomas Löwe

und werden die Arbeit der nächsten fünf Jahre bestimmen.

Eine tragende Rolle auf dem Bundesgewerkschaftstag hatte ferner der stellvertretende Landesvorsitzende der DVG Sachsen-Anhalt, Albert Engel. Neben der Protokollführung im Tagungspräsidium übernahm er auch die komplette juristische Beratung des Präsidenten bei Geschäftsordnungsfragen.

Bundesvorsitzender Stock lobte die hervorragenden Leistungen bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Bundesgewerkschaftstages: „Trotz Corona-Pandemie konnten wir den Bundesgewerkschaftstag erfolgreich durchführen. Ich danke Thomas Löwe, ehrenamtlicher Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt, der Erfolgsgarant für die gute Organisation und Durchführung des Bundesgewerkschaftstages war.“

Einmaliger Vorgang in Thüringen

Finanzministerin plant kalte Enteignung

„Ich finde, das ist dreist!“, so bewertete Finanzministerin Heike Taubert noch die finanziellen Forderungen ihrer Kabinettkollegen zum Landeshaushalt 2022. Taubert beklagte vor allem fehlende Vorabstimmung mit ihrem Ressort.

„Sie selbst macht es allerdings auch nicht anders – höchstens noch dreister“, empört sich Frank Schönborn. Der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) erfuhr aus den Medien, dass Taubert plant, den Pensionsfonds der Landes- und Kommunalbeamten aufzulösen. „So also will das Ministerium den Landeshaushalt 2022 sanieren, indem die gesetzlich verankerte Fürsorgepflicht ausgehebelt wird. Wir sollen für Prestigeobjekte von R2G bluten ...“

Schönborn zürnt: „Das ist kein Umgang miteinander. Das ist unsolidarisch gegenüber der Thüringer Beamtenschaft. Das zeigt, wie gering die Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen ist. Das ist modernes Raubrittertum – einfach fremder Leute Gut und Geld zu stehlen.“

Man werde alle erdenklichen Schritte dagegen unternehmen und die ursprüngliche Zusage der Entlastung des Haushalts für Versorgungsauf-

wendungen einfordern: „Einen solchen Versuch der ‚kalten Enteignung‘ hat es bisher noch nicht in Thüringen gegeben. Und so muss es auch bleiben!“

Hintergrund: Dem Pensionsfonds wurden von 1999 bis 2017 entsprechend den damaligen bundesgesetzlichen Vorgaben 0,2 Prozentpunkte der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen und die daraus resultierenden Beiträge zugeführt. Das Sondervermögen hatte am 31. Dezember 2017 einen Stand von 286 Millionen Euro. Damals war eine Entnah-

me allein zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen und nach Maßgabe des Gesetzes möglich. Nachdem bereits einmal ohne Beteiligung des tbb eine Entnahme von 141 Millionen Euro erfolgte und damals nach massiver Kritik des tbb eine Beteiligung im Vorfeld versprochen wurde, soll jetzt der Pensionsfonds endgültig aufgelöst werden. ■



© Pixabay

Aktuelle Seminar-Angebote des tbb

Lernen in der (Corona-)Krise? Digitale Vorträge und Seminare gehen immer!

Der tbb bietet wieder spannende und lehrreiche Vorträge und Seminare an.

- > Immobilie + Baufinanzierung (Digitaler Vortrag) am 15. September 2021 um 17 Uhr (Dauer: 1 Stunde), kostenfrei
- > Banking in Corona-Zeiten (Digitaler Vortrag) am 29. September 2021 um 17 Uhr (Dauer 1 Stunde), kostenfrei
- > Beamtenversorgung und Analyse (Digitaler Vortrag) am 6. Oktober 2021 um 17 Uhr (Dauer 1,5 Stunden), kostenfrei

■ Für Beamtenanwärter:innen

- > Private Krankenversicherung: Klassische Beamtenabsicherung oder „Pauschale Beihilfe“ – die Qual der Wahl in Thüringen (Vortrag) am 12. Oktober 2021 und am 16. November 2021 jeweils um 17 Uhr (Dauer 1 Stunde), kostenfrei
- > Vollmachten und Verfügungen & Erben und Vererben (Digitaler Vortrag) am 20. Oktober 2021 um 17 Uhr (Dauer 1 Stunde), kostenfrei
- > PKV nach der Bundestagswahl 2021 (Digitaler Vortrag) am 2. November 2021 um 16.30 Uhr (Dauer 1 Stunde), kostenfrei
- > Frauenseminar „Nein sagen“ – Präsenzveranstaltung in Erfurt am 19./20. November (Dauer 1,5 Tage), 90 Euro pro Teilnehmerin

Für jeden Vortrag ist eine Anmeldung erforderlich unter [post\(at\)dbbth.de](mailto:post(at)dbbth.de).



Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Klare Kantezeigen im Arbeitskampf

Sichtbar und eindeutig antworteten die Mitglieder aus dem Personen- und Güterverkehr mit ihrer Arbeitsniederlegung vom 10. August 2021 (19 Uhr) bis 13. August 2021 (2 Uhr) auf das Angebot der Deutschen Bahn (DB).

In Thüringen wurde unter anderem vor dem Erfurter Hauptbahnhof ein Signal gesetzt, sich für ihre Forderungen nach 3,2 Prozent Lohnerhöhung sowie Corona-Prämie von 600

Euro im laufenden Jahr einzusetzen. Auch in Leinefelde, Nordhausen, Gera und Saalfeld hielten die GDLer die Fahne am 12. August 2021 hoch.



dbb jugend thüringen

START-Aktion zum Ausbildungsbeginn 2021

Im August 2021 wurden fleißig START-Tüten gepackt für Auszubildende, Beamtenanwärter:innen und Referendare. Alle drei Berufsstarter eint der Beginn im öffentlichen Dienst in Thüringen am 1. September oder 1. Oktober 2021.

Die dbb jugend thüringen verteilt an der FH Gotha ihre prallgefüllten START-Tüten mit Informationsmaterial zum Berufsstart als Beamter/Tarifbeschäftigter im öD, Das kleine 1x1 des öffentlichen Dienstes, Private Krankenkasse, Junges Konto für Anfänger:innen, eine START-Broschüre zur JAV, Kleidungs Vorschrift und andere nützliche Dinge.

Als Querschnittsverband des tbb beamtenbund und tarifunion bietet die dbb jugend thüringen im Jugendbereich

Vorträge zur Krankenversicherung für Beamtinnen und



> Tim Reukauf, stellv. Jugendvorsitzender, bestückt die START-Tüten mit Leben.

Beamte zur Wahlmöglichkeit zwischen „klassischer Beamtenversicherung“ und „pauschaler Beihilfe“ an:

- > 12. Oktober 2021 (Di.) 17–18 Uhr in Erfurt
- > 16. November 2021 (Di.) 17–18 Uhr in Erfurt

Eine Anmeldung ist erforderlich: jugend@dbbth.de

Ein weiterer ERST-HELFERGRUNDKURS ist in Planung. Die Termine entnehmen Sie bitte unserer Homepage <https://www.thueringer-beamtenbund.de>.

Junger tlv – thüringer lehrerverband

Schulstart 2021/22: Prinzip Hoffnung oder Déjà-vu?

Irgendwie seltsam – dieses Gefühl kurz vor dem Start in das neue Schuljahr. Hatten wir das nicht schon mal? Dieses Gefühl, dass irgendjemand seine Hausaufgaben nicht gemacht hat?

Dieses Gefühl, dass das Prinzip Hoffnung der Politik wahrscheinlich mal wieder nicht ausreichen wird? Diese Versprechungen der Politik, dass Schulen offengehalten werden. Aber vielleicht täusche ich mich. Dennoch bleiben viele Fragen offen und ungeklärt.

Warum werden Schulen nicht wirklich zu sicheren Orten gemacht, wenn doch Geld für Luftfilteranlagen vorhanden ist? Warum wird weiterhin darauf gebaut, dass Lüften das Maß aller Dinge ist? Warum wird nicht maximaler Schutz für die Schulen zur Verfügung

gestellt, wenn die Politik wirklich ein Interesse daran hätte, Schulen zu einem sicheren Ort zu machen.

„Die Sieben-Tage-Inzidenz wächst, wie das RKI gerade bestätigt hat, schneller und früher als voriges Jahr um diese

Zeit und dies insbesondere bei den 10- bis 34-Jährigen. Wir vermissen weiterhin unterschiedliche Szenarien, die klar beschreiben, was die KMK (Kultusministerkonferenz) bei welcher Pandemieentwicklung zu tun gedenkt. Weiterhin auf Prinzip Hoffnung zu setzen, reicht nicht aus“, formulierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, zu einer entsprechenden Mittei-

lung der KMK von Anfang August.

Wo sind die verlässlichen Strategien für die Schulen im neuen Schuljahr? Wenn wir weiterhin nur nach den Corona-Zahlen schauen, werden wir mit größtmöglicher Sicherheit vor der nächsten Welle im Herbst stehen, wenn bereits jetzt die Zahlen schneller steigen als im Vorjahr. Eine echte Transparenz und Ehrlichkeit der Entscheidungsträger wären längst überfällig. Anschließend baut man wieder darauf, dass die Schulleitungen in Thüringen, wenn die Stellen denn besetzt sind, sich bereits jetzt die Wochenenden freigenommen haben, um die neuen Verordnungen vom Freitagnachmittag schnellstmöglich umzusetzen. Ein Weitblick mit verschiedenen Szenarien wäre wünschenswert, um für alle Beteiligten, für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Großeltern, Schulbusfahrern und allen an Bildung Beteiligten Planungssicherheit zu geben.

„Schüler:innen lernen dann am besten, wenn sie ganzheitlich lernen, das heißt mit Kopf, Herz und Hand. Und sie lernen dann am besten, wenn sie einen Rahmen vorfinden, der ihnen Sicherheit, Klarheit, Struktur und Zuverlässigkeit bietet. All das war durch die coronabedingten Einschränkungen der letzten fast anderthalb Jahre nicht im erforderlichen Maße gegeben. Die Folge: Teils enorme psycho-soziale Belastungen von Schüler:innen, die sich etwa in Blockaden beim Lernen oder Ängsten zeigen“, konstatierte Beckmann mit Blick auf das beginnende Schuljahr 2021/22 und fordert: „Das darf so nicht weitergehen! Schüler:innen müssen nach den Sommerferien einen Schulraum vorfinden, der ihnen ein Maximum an psychologischer Sicherheit gewährleistet! Lehrer:innen müssen Rahmenbedingungen vorfin-



den, die es ihnen ermöglichen, mit Schüler:innen in einem angemessenen und notwendigen Maße das zu bearbeiten, was jetzt zuvorderst bearbeitet werden muss. Die Politik muss endlich das tun, wofür sie die unterrichtsfreie Zeit nicht hinreichend genutzt hat. Das heißt: Klarheit, Verlässlichkeit und ein Maximum an Sicherheit beim Gesundheitsschutz an Schulen sicherstellen. Maskenpflicht und regelmäßige Unterbrechung des Unterrichts durch Lüften werden den Schulalltag weiterhin bestimmen. Die Verbesserung des Infektionsschutzes durch technische Maßnahmen ist bisher nur halbherzig angegangen worden. Die Politik scheint zu erkennen, dass sie sich in Sachen Pandemieentwicklung auch für den Beginn dieses Schuljahres verkalkuliert hat und die mangelhaften Vorkehrungen ihr erneut auf die Füße zu fallen drohen. Ein Beleg dafür ist auch, dass einzelne Länder trotz fehlender Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) die Impfung der ab 12-Jährigen empfehlen und damit die Verantwortung, ob Präsenzunter-

richt stattfinden kann oder nicht, letztendlich den Eltern zuschieben. Das allein kann keine ernsthafte Lösung sein. Neben dem, was in puncto Gesundheitsschutz erforderlich ist, braucht es auch endlich Klarheit in anderen Fragen, etwa bei rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Nur dann kann Schule das umsetzen, was es nach den Ferien dringend braucht.“

„Insgesamt braucht es die Ehrlichkeit der politisch Verantwortlichen. Auch das kommende Schuljahr wird kein normales Schuljahr werden. Diskussionen, die allein darauf ausgerichtet sind, wie Lernlücken nun schnell zu schließen sind und versäumter Stoff den Schüler:innen schnellstmöglich eingetrichtert werden kann, indem man ein paar Schulstunden zusätzlich anbietet, sind Blendwerk und gehen an den tatsächlichen Herausforderungen vorbei. Fakt ist: Auch das Schuljahr 2021/22 wird von der Pandemie und den Versäumnissen der Politik in Sachen Infektionsschutz geprägt sein. Alle an Schule Beteiligten tun gut daran, ihre Erwartungshal-

tung der Realität anzupassen. Wenn es die Politik ernst meint mit ihrer Aussage, dass den Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche jetzt durch eine besondere Aufmerksamkeit und Achtsamkeit gegenüber begegnet werden muss, kann das nur heißen, dass die ersten Wochen nach den Ferien frei von Leistungsdruck sein müssen. Das, was das pädagogische Personal in den Schulen in den nächsten Wochen braucht, ist Zeit und nochmals Zeit. Um die psycho-emotionale Situation und Ausgangslage eines jeden Kindes wirklich erfassen und ganzheitliche Unterstützung anbieten zu können. Nur so kann Schule dazu beitragen, bleibenden Beeinträchtigungen bei Schüler:innen wirkungsvoll entgegenzuwirken und eine Grundlage für gelingendes Lernen in den darauffolgenden kommenden Wochen zu schaffen“, so Beckmann.

*Tim Reukauf
Sprecher Junger tl,
Landesjugendleitung
dbb jugend thüringen*